

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1948**

124 (27.9.1948)

# EUROPEISCHER ANZEIGER

## Frankreich wählt erst nächstes Jahr

Paris, 26. Sept. (AP) Der französische Ministerpräsident Henri Queuille erhielt am Samstag eine Gnadenfrist für seine auf schwachen Füßen stehende Koalitionsregierung. Die Nationalversammlung stimmte nach einem verwinkelten Hin und Her von einander widersprechenden Beschlüssen endgültig für die Abhaltung der Departementswahlen im nächsten März anstatt im Oktober. Sie beschloß ferner, am Sonntagabend in die Ferien zu gehen. Daraufhin sprach sich H. Dena-AFP der Rat der Republik in der Nacht zum Samstag mit 156 gegen 143 Stimmen gegen die von der Nationalversammlung gebilligte Verschiebung der Kantonswahlen aus. Als letzte Instanz billigte nun die französische Nationalversammlung in ihrer Samstagsitzung durch Handaufheben einen Gesetzesvorschlag, nach dem die Kantonswahlen auf März nächsten Jahres verschoben werden; sie überstimmte damit den Rat der Republik. Mit dieser Abstimmung ist die Wahlfrage nunmehr endgültig entschieden. Die Nationalversammlung nahm laut Reuter am Freitagabend in zweiter Lesung mit 292 gegen 267 Stimmen den Finanzplan der Regierung Queuille an.



Zu dem bevorstehenden Appell der Westmächte in der Frage Berlin an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen: Der belgische Premierminister Paul Henry Spaak, der Vorsitzende des Westlichen Sicherheitsrates, steht vor einer Aufgabe, die allen Takt und alle Geschicklichkeit dieses erfahrenen Politikers erfordern wird. (Dena-Bild)

## SPD zum Verfassungsproblem

Bonn, 26. Sept. (Dena) Der SPD-Vorstand behandelte am Freitag und Samstag in Bad Godesberg-Mehlem Probleme des Parlamentarischen Rates, Flüchtlingsfragen und das Verhältnis der SPD zu den Sozialdemokraten des Saarlandes. Die Verfassungsarbeit in Bonn darf nach Ansicht der SPD-Parteiorganisation nicht über das Grundgesetz hinausgehen. Er sprach sich für eine einheitliche Finanzhoheit und -verwaltung des Bundes aus und forderte, daß die Regierungsbildung entgegen dem „vollen Zweikammersystem“ allein Sache der Volksversammlung (des Unterhauses, Bundestages) sein müsse. Das Grundgesetz soll nach Auffassung des Vorstandes daher so kurz wie möglich sein und nur die unbedingt notwendigen Bestimmungen enthalten. Der SPD-Vorstand begrüßte in diesem Zusammenhang die Bemühungen der SPD-Fraktion im Parlamentarischen Rat, durch intensive Ausschussarbeit das Grundgesetz in einem Minimum von Zeit zu schaffen. In einem Kommuniqué wird hervorgehoben, daß es „im gemeinsamen deutschen Interesse liegt, recht bald durch allgemeine Volkswahlen zu einer einheitlichen Verwaltung der westlichen Besatzungszone und Berlins zu kommen. Berlin solle im Parlamentarischen Rat und im zukünftigen Parlament seinen Platz als vollberechtigtes Glied haben.“

Besonders wesentlich ist es nach Ansicht des SPD-Vorstandes, die kommende einheitliche westdeutsche Verwaltung so „erfolgreich und anziehend wie möglich“ zu gestalten, damit dadurch die „Wiedergliederung der deutschen Ostens in die deutsche Republik“ gefördert wird. **Hilfe für die Flüchtlinge** Nach einem Referat des niedersächsischen Flüchtlingsministers, Pastor Helmut Albertz, nahm der Vorstand sechs Resolutionen zur Flüchtlingsfrage an. Danach soll die SPD-Fraktion im Wirtschaftsrat einen Antrag auf sofortige Schaffung eines besonderen Amtes für Flüchtlingsfragen im Zweikammersystem stellen. Ferner soll die französische Zone schnellstens in den Flüchtlingsangelegenheiten einbezogen werden. Bis zur Errichtung der Dreizonen-Verwaltung sollen die zuständigen Stellen in der französischen Zone so handeln, als sei die einheitliche Verwaltung bereits vorhanden. Außerdem soll der Ausbau der sozialdemokratischen Flüchtlingsgruppen und

„Sekretariate gefördert“ werden. Der SPD-Flüchtlings-Ausschuß wird beauftragt, Richtlinien für die Mitarbeit von Sozialdemokraten in den sich bildenden Flüchtlingsorganisationen auszuarbeiten. Der Vorstand will fordern, daß der Ertrag der sozialen Vermögensgabe aus dem Notaufnahmengesetz zum Lastenausgleich zentral verwaltet und zum wesentlichen Teil für die Flüchtlinge verwandt wird. Schließlich soll geprüft werden, ob durch Auflegung einer Flüchtlingsanleihe Mittel für konstruktive Flüchtlingsaufgaben geschaffen werden können.

**Kontakt zur Saar** Zum Saarproblem vertritt der SPD-Vorstand die Auffassung, jetzt müsse „recht“ Kontakt mit den Sozialdemokraten des Saargebietes gehalten werden, um die Verbundenheit des Saarlandes mit Deutschland zu wahren.

**Grundrechte und Wiedergutmachung** Bonn, 26. Sept. (Dena) Wesentliche Teile des UN-Entwurfes für die Weltgrundrechte sollen, wie Dena erfährt, in den Grundrechtskatalog für die vorläufige Verfassung Westdeutschlands aufgenommen werden. Die französischen Verbindungsoffiziere beim Parlamentarischen Rat luden eine Reihe maßgebender Abgeordneter der SPD für Donnerstagabend zu sich ein. Professor Carlo Schmidt der Zusammen mit württemberg-hohenzollernschen Kabinett aufgrund der Demontagemassnahmen in seinem Land zurückgetreten war, leitete die Einladung nicht Folge. Schon in der vergangenen Woche hatten die zweite Artikel der britischen Verbindungsoffiziere eine Reihe leitender Ratsmitglieder bei sich zu Gast gehabt. Im einzelnen wurde im ersten der vier bereits niedergelegten Artikel die Beschaffung der Menschenwürde verankert. Der zweite Artikel legt die menschliche Freiheit, während der dritte Artikel besagt, daß kein Deutscher an eine fremde Macht ausgeliefert werden darf und Verträge, die die Menschenwürde verletzen, nicht gültig sind. Der Ausschuß für Organisationsfragen behandelt nach Mitteilung seines Vorsitzenden, Dr. Lehr im einzelnen den Bundesrat, der etwa 300-400 Mitglieder haben soll. In der Frage des Bundespräsidenten sprach sich die überwiegende Mehrheit des Ausschusses für einen Bundespräsidenten aus.

## Im Telegrammstil

New York. Die amerikanische Luftwaffe gab am Samstag erstmals offiziell bekannt, daß ein Balinghagen vom Typ X-1 „Hundertere von Meilen schneller als die Schallgeschwindigkeit“ geflogen sei. — In Paraguay ist am Samstag nach Meldungen der „Franzosen“ ein Balinghagen in die Schwärze aufgedeckt worden, welche die Ermordung des Staatspräsidenten Gonzalez zum Ziele hatte. (Dena-AP)

Buenos Aires. Die argentinische Hauptstadt machte am Samstag einen äußerst ruhigen Eindruck, nachdem es am Freitagabend im Anschluß an die Bekanntgabe des geplanten Mordanschlags auf Präsident Peron und seine Frau zu Unruhen gekommen war. (Dena-Reuter)

Ottawa. Wissenschaftler im Dienste der kanadischen Regierung erklärten, Kanada werde in Kürze der größte Produzent von Uranerz in der Welt sein. (AP)

Warschau. Die polnische Regierung ordnete am Freitag für ganz Polen die Aushebung der Jugend im Alter von 16 bis 18 Jahren einschließlich für die Arbeit in der Organisation „im Dienste Polens“ an. Dieses Korps, das bis 1945 auf etwa 13 Millionen jugendlicher angeworben soll, erhält gleichzeitig monatlich 16 Stunden militärischer Ausbildung. (AP)

Budapest. Die ungarische Regierung nahm laut Reuter am Samstag ein amerikanischem Besitz befindliche ungarisch-amerikanische Gütergesellschaft unter vollständiger Staatskontrolle. Bei der Gesellschaft handelt es sich um das größte Produktionsunternehmen und um den größten ausländischen Einzelbesitzer in Ungarn. (Dena).

Nanking. Eine maßgebende chinesische Regierungsquelle behauptete am Samstag den Fall Tsians, der Hauptstadt der Provinz Schantung, Kommunistische Saboteure waren vor der Einnahme durch die Verteidigungslinien der Regierungstruppen in die Stadt eingedrungen und hatten die Radio- und Telefonstationen zerstört. (AP)

Frankfurt. Die Verteidigungsminister der Mitgliedsstaaten der westeuropäischen Union werden vom 29. bis zum 30. September in Paris zusammenkommen. — Nach Mitteilung der Hauptverwaltung für

## Wyschinski beschuldigt den Westen der „Kriegshetze“ Bramuglia (Argentinien) fordert Friedensvertrag mit Deutschland als Voraussetzung für den Weltfrieden

Der zweite Tag in Paris  
Paris, 24. Sept. (Dena) Der Beginn der allgemeinen Aussprache der UN-Vollversammlung am Donnerstagvormittag stand ganz im Zeichen der großen Rede Marshalls, der amerikanischen Stellung eindeutig festlegte. Im Verlauf der Tagung kamen die Ost-West-Differenzen innerhalb der UN, die schon am Mittwochmorgen bei Festlegung der Tagesordnung zu einem lebhaften Wortgeplänkel und zur diplomatischen Niederlage Wyschinskis geführt hatten, in ruhiger und damit programmatischer Form wieder zum Vorschein. Marshall sprach bei diesem Geplänkel in sehr sachlicher „bestimmter Form“, Modzelewski, der polnische Außenminister, angriffsflustiger in der bekannten, mit Propagandathesen und direkten Beschuldigungen durchsetzten neu-diplomatischen Sprache des Ostens.

Marshall von starkem Beifall begrüßt, sprach ernst und schlicht. Mit beiden Händen des Rednerputz unklammernd, mehr als wolle er Halt geben, als Halt suchen. Etwas nach vorn geneigt, sagte er eindringliche Worte über die Notwendigkeit der Bespektion der Charta. Gegenüber dem pathetischen Aufschrei des philippinischen Delegierten Romulo, der die Aussprache mit dem Hinweis auf die Schwere der gegenwärtigen Krise einleitete, klangen Marshalls Worte nüchtern. Aber in seinem Appell an die UN, in dieser Sitzungsperiode alle Blockierungen zu durchbrechen, den Frieden zu sichern und die Vereinten Nationen mit handfesten Vollmachten auszurüsten, und in seinem Aufruf an andere, nicht näher bezeichnete Regierungen, sich in ihren

Urteilen und Handlungen nicht von der Mehrheit der gerecht Denkenden zu trennen, spürte der Hörer die Wärme der Aufrichtigkeit und den Willen, über Worte hinaus zu Taten zu gelangen. Modzelewski, der anschließend sprach, behielt ebenfalls den ruhigen Ton sachlicher Aussprache bei, was aber nicht verhinderte, daß seine zugespitzten propagandistischen Formulierungen ihre eigene Tonschärfe erhielten. Als er seinen Angriff auf den Marshall-Plan einleitete, saß Marshall unbeweglich mit verschränkten Armen und lauschte höflich. Wyschinski, der bisher mit dem neben ihm sitzenden Malik eifrig konferiert hatte, setzte sich den Kopf über und blickte mit gespannter Aufmerksamkeit zum Redner hinan. Die Erwähnung des Deutschland-Problems durch den polnischen Außenminister löste bei den Delegierten und in Kreisen der Journalisten Erstaunen aus. Das Problem wurde mit Recht von allen Beobachtern als „heißes Eisen“ und möglichen Grund für einen evtl. Bruch der Tagung betrachtet.

**Wyschinskis Rede**  
Paris, 26. Sept. (Dena) Die Samstagssitzung der UN-Vollversammlung stand im Zeichen der mit Spannung erwarteten Erklärung des sowjetischen Hauptdelegierten Wyschinski. Wyschinski griff in einer 45minütigen Rede, die er so schnell vortrug, daß die Übersetzer kaum folgen konnten, die „Kriegshetze“ in den westlichen Demokratien, vor allen Dingen in den Vereinigten Staaten, die Westunion und das „wilde Westrußland“ im Westen an. Wyschinski behauptete, die

westlichen Demokratien bereiten einen neuen Krieg vor. Als Beweis für seine Erklärung zitierte Wyschinski folgende Punkte: 1. die kombinierten anglo-amerikanischen Seestreitmächte des vergangenen Jahres im Atlantik. 2. die kombinierten anglo-amerikanischen Luftmächte über Großbritannien Anfang dieses Monats. 3. Zeitungen und Zeitschriftenartikel in den westlichen Ländern, in denen „in dem unverschämten Ton wahnsinnig gewordenen Kriegshetzern“ verschiedene Pläne zum Angriff auf die Sowjetunion diskutiert würden. Die Bildung der Westunion bezeichnete er als „eine direkte Verletzung der Interessen zur Stärkung des Friedens und der Sicherheit der Völker“. Die Zusammenarbeit der Oststaaten hingegen stelle den Versuch dar, eine neue „deutsche Aggression zu verhindern. In schärfstem Ton wandte sich Wyschinski gegen die „Kriegshetze“ in der westlichen Welt. Er nannte dabei namentlich den amerikanischen Verteidigungsminister James Forrestal und den Staatssekretär für die Armee Kenneth Royall. Am Schluß seiner Ausführungen legte Wyschinski eine Resolution vor, in der eine Reduzierung des derzeitigen Bestandes der Land-, See- und Luftstreitkräfte der fünf Großmächte um ein Drittel innerhalb eines Jahres und ein vollständiges Verbot der Atomwaffen vorgeschlagen wird. Zur Durchführung dieser Resolution soll die Versammlung die Schaffung eines internationalen Kontrollorgans empfehlen, um Abrüstungsmaßnahmen und das Verbot der Atomwaffen zu überwachen.

Vor der Ansprache Wyschinskis hatte die indische Hauptdelegierte Frau Vijayalakshmi Pandit, welche die Sitzung eröffnet hatte, einen Aufruf an die Delegierten für Weltfrieden, Abrüstung und frühestmögliche Beendigung des Kolonialsystems gerichtet. Mit dem Hinweis auf die Streitigkeiten der fünf Großmächte rief sie zu Toleranz und Mäßigung auf. Während der ganzen Rede des sowjetischen Delegationsführers saß Außenminister Marshall unbeweglich, ein wenig zur Seite gelehnt. Robert Schuman blätterte ständig in seinen Akten ohne abzusehen. Der Führer der argentinischen Abordnung bei der UN-Versammlung, Außenminister Juan Bramuglia erklärte am Samstag dem Vizeleiter der Associated Press in einem Interview, die Kriegshetze würde verschwinden, wenn 1. mit Deutschland und Japan Friedensverträge unterzeichnet werden würden, 2. die Charta der Vereinten Nationen in eine Demokratisierung ihres Verfahrens abgeändert würde, 3. eine weltweite Wirtschaftspolitik der „Zusammenarbeit“ — und nicht der „Vorrherrschaft“ — angenommen würde und 4. seitens aller Nationen eine „wahrhaft soziale Politik“ verfolgt würde. **UN-Verwaltungs- und Budget-Ausschuß** Paris, 26. Sept. (Dena) Der Verwaltungs- und Budget-Ausschuß der UN-Vollversammlung nahm laut AFP am Samstag als erste Kommission der jetzigen Sitzungsperiode seine Arbeit auf.

## Berliner Frage kommt vor den Sicherheitsrat der UN

Paris, 26. Sept. (Dena-Reuter) Die Außenminister Großbritanniens, Frankreichs und der Vereinten Staaten gaben am Sonntag bekannt, daß sie die sowjetische Note über die Berliner Frage als unbefriedigend ansehen und daß sie die ganze Angelegenheit an den Sicherheitsrat überweisen werden. Die Bekanntmachung erfolgte in Form eines offiziellen Kommuniqué, das nach der Zusammenkunft der drei Außenminister am Quai d'Orsay herausgegeben wurde.

„Schuman, Bevin und Marshall“, heißt es in dem Kommuniqué, „trafen kurz nach Mittag am Quai d'Orsay zusammen, um die sowjetische Note vorzulesen und die Berliner Lage zu erörtern, die durch die Verhängung und das Fortbestehen der sowjetischen Blockade der Eisenbahn-, Straßen- und Wasserverbindungen zwischen Berlin und den westlichen Besatzungszone Deutschlands verursacht wurde. Im Hinblick auf die Tatsache, daß es die sowjetische Regierung unter Verletzung des Einverständnisses unter den vier Mächten vorgezogen hat, ihre Auffassung über die Verantwortung der Öffentlichkeit zu unterbreiten, geben die drei Außenminister folgende Erklärung heraus: Die Regierungen der Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten und Frankreichs stimmen darin überein, daß die sowjetische Note vom 25. September unbefriedigend ist.“

Wie in Paris verlautet, soll sich die Note eng an die in der TaB-Erklärung enthaltenen Argumente halten, die in der Nacht zum Sonntag veröffentlicht wurde und folgenden Wortlaut hat: „Die Sowjetunion besteht auf der sofortigen Kontrolle des gesamten Verkehrs zwischen Berlin und den Westzonen auf einer einzigen Berliner Währung unter Viermächtekontrolle.“

„Die Sowjetunion“, fügt TaB hinzu, „hat einen Vorschlag der Westmächte über eine Viermächtekontrolle des Berliner Handels mit dem Westen angenommen, und die vier Mächte haben hierüber Übereinstimmung erzielt.“

Die Erörterung dieser drei Punkte halte eine endgültige Regelung der Berliner Krise auf und habe den Zusammenbruch der Berliner Besprechungen der vier Militärgouverneure verursacht. Ob die Verhandlungen über die Berliner Frage abgebrochen werden oder eine befriedigende Regelung erzielt wird, hänge von der Annahme dieser sowjetischen Bedingungen durch die Westmächte ab.

In Moskau seien die vier Mächte übereingekommen, die Blockade Berlins aufzugeben und die Ost-D-Mark als einzige Währung für Berlin einzuführen, vorausgesetzt, daß sich die Militärgouverneure über die Durchführung einigen können.

Die Situation, die durch die separaten Maßnahmen der Westmächte geschaffen wurde, bedeutet, daß die drei Regierungen nicht mit ihrer absoluten Herrschaft in den Westzonen Deutschlands zufrieden sind. Sie wünschen außerdem die einfache Besatzungszone in Geld und Finanzfragen zu beherrschen, indem sie ihre Sonderwährung in Berlin, dem Mittelpunkt der sowjetischen Zone, einführen, um dadurch die Wirtschaft in der Ostzone Deutschlands zu desorganisieren und schließlich die Sowjetunion von dort zu vertreiben. Dies zwang das sowjetische Oberkommando in Deutschland Maßnahmen zur Beschränkung der Verkehrsverbindungen zwischen Berlin und den westlichen Besatzungszone zu ergreifen, um die Interessen der deutschen Bevölkerung zu sichern und das Wirtschaftsleben der sowjetischen Zone vor Desorganisation zu schützen.

Ende Juli jedoch unterbreiteten die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs der sowjetischen Regierung den Vorschlag, die Lage in Berlin und die weiteren mit ihr zusammenhängenden Fragen gemeinsam zu überprüfen. Die sowjetische Regierung hat diesem Vorschlag zugestimmt.

Die vier Regierungen sind im Laufe ihrer Moskauer Verhandlungen im Monat August übereingekommen, daß die folgenden Maßnahmen gleichzeitig durchgeführt werden, vorausgesetzt, daß die vier Militärgouverneure in Berlin über deren praktische Durchführung eine Einigung erzielen können:

1. Die kürzlich eingeführten Verkehrs- und Handelsbeschränkungen zwischen Berlin und den Westzonen sowie die Beschränkungen des Güterverkehrs von und nach der sowjetischen Zone Deutschlands sollen aufgehoben werden. 2. Gleichzeitig soll die Ost-D-Mark als einzige Währung für Berlin eingeführt und die West-D-Mark aus dem Umlauf in Berlin zurückgezogen werden.

Gleichzeitig kamen die vier Mächte überein, daß die Einföhrung der Ost-D-Mark als einzige Berliner Währung und eine Anzahl von Funktionen hinsichtlich der anschließenden Regelung des Geldumlaufs in Berlin unter Viermächtekontrolle gestellt wird.

Die Verhandlungen der vier Militärgouverneure in Berlin Anfang September wurden deshalb nicht zu Ende geführt, weil die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs bestimmte Meinungsverschiedenheiten, die sich unter den Militärgouverneuren ergaben, zur gemeinsamen Überprüfung mit der sowjetischen Regierung nach Moskau wiesen.

Die oben angeführten Meinungsverschiedenheiten betreffen drei Fragen in denen die sowjetische Regierung folgenden Standpunkt einnimmt: 1. Die sowjetische Regierung besteht auf der Einführung einer sowjetischen Währung für den Lufttransport von Waren und Passagieren zwischen Berlin und den Westzonen ebenso wie über den Eisenbahn-, Wasser- und Straßentransport. Die Luftverbindungen können nicht von der Kontrolle ausgenommen werden, da die vier Regierungen übereingekommen sind, daß das Abkommen die Einführung einer ausreichenden Kontrolle über den Geldumlauf in Berlin und den Handel zwischen Berlin und den Westzonen umfassen soll.

## Neue Phase der West-Ost-Beziehungen?

Paris, 26. Sept. (AP) In diplomatischen Kreisen der Westmächte in Paris spricht man von einem neuen Plan Amerikas, Englands und Frankreichs zur Beilegung der Berliner Krise. Verantwortliche Gewährleute berichten, daß dieser Plan jeden direkten Appell an die Vereinten Nationen im Falle einer unbefriedigenden Antwort Rußlands auf die letzte Note der Westmächte ausschließt.

Ein Mitarbeiter des britischen Außenministers Bevin erklärte am Freitag auf eine direkte Frage eines Pressevertreter, daß die Westmächte hätten sich nicht festgelegt, ihren Fall unmittelbar der UN vorzutragen, falls Rußlands Antwort ein einfaches „Nein“ sei sollte.

Von seiten der Westmächte hatte man in den letzten Tagen offenbar versucht, die Haltung der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen zu einer möglicherweise einzureichenden Beschwerde gegen Rußland in der Berliner Frage zu erkunden. Das Ergebnis dieser Nachforschungen schien nach Aussagen verschiedener Diplomaten nicht einheitlich zu sein. Die Mehrheit der Delegationen, so heißt es, soll ihre ausdrückliche Unterstützung der Westmächte in diesem Falle zugesagt haben. Eine große Anzahl von Delegierten, als vorher angenommen worden war, habe sich jedoch gegen jeden Schritt ausgesprochen, der auf einen möglicherweise irreparablen Bruch in den Ost-West-Beziehungen hinausläufe.

Einige Delegationen sollen ihre Befürchtung zum Ausdruck gebracht haben, daß eine Überweisung der Angelegenheit an die Vereinten Nationen zu diesem Ergebnis führen würde. Die Reaktion der

2. Die sowjetische Regierung hält es für notwendig, sich strikt an die von den vier Regierungen in Moskau getroffene Abkommen über eine Viermächte-Finanzkommission und ihre Funktionen bei der Einführung und dem Umlauf einer einzigen Währung in Berlin zu halten. Die sowjetische Regierung kann sich mit keiner Erweiterung der Funktionen dieser Finanzkommission einverstanden erklären, die eine Einmischung derselben in die Regelung des Geldumlaufs der gesamten sowjetischen Besatzungszone nach sich ziehen würde.

3. Die sowjetische Regierung hat sich mit dem Wunsch der westlichen Regierungen nach Errichtung einer Viermächte-Kontrolle über den Handel Berlins mit den Westzonen und anderen Ländern — einschließlich der Erstellung der erforderlichen Lizenzen — einverstanden erklärt und so die Meinungsverschiedenheit, die in dieser Frage bestand, beseitigt.

## Neue ERP-Zuteilung für Bizone

Washington, 26. Sept. (Dena) Die ERP-Verwaltung in Washington gab am Freitag die Bewilligung neuer ERP-Zuteilungen für die europäischen Länder und die Bizone in Höhe von 15 175 319 Dollar bekannt. Zum erstmaligen wurden jetzt ERP-Einkäufe in Indien, Neuseeland, Abessinien und Rhodesien genehmigt.

Der Bizonen wurden 12 638 994 Dollar einschließlich 2 760 234 Dollar für Schiffsfrachten zugeteilt. Die Zuteilungen umfassen Häute, Palmöl, Palmkerne, Kupfer, Wasserstoff - Superoxyd, Schwefelsäure, Zink, Eisenerze und Pyrite, Fischmehl, Chemikalien und Rosinen.

Die ERP-Zuteilungen für die französische Zone Deutschlands betrug für die Niederlande worden laut AP außerdem für das Quartal, das mit diesem Monat endet, um 21 000 000 Dollar erhöht. Wie von der Verwaltung für wirtschaftliche Zusammenarbeit bekanntgegeben wurde, erhalten die Niederlande 12 Mill. Dollar und die französische Zone 9 Mill. Dollar mehr als ursprünglich vorgesehen.

UN-Delegation, so wird angenommen, hat die Pläne der Westmächte in gewissem Ausmaß beeinflusst. Einzelheiten der ins Auge gefaßten neuen Schritte sind jedoch noch nicht zu erfahren.

Die Vertreter der Westmächte sind sich darüber einig, daß die Überweisung der Berliner Frage an die Vereinten Nationen der folgerichtigste Schritt wäre, falls die Besprechungen mit Rußland zu keinem Ergebnis führen. Ein großer Teil gibt jedoch offen zu, daß er einen solchen Schritt nicht wünscht, man sei sich darüber im klaren, daß selbst bei einer sicheren Unterstützung seitens der notwendigen Zweidrittelmehrheit in der Vollversammlung das Grundproblem Berlins und Deutschlands weiter ungelöst bleiben und Explosivstoff liefern würde.

Berlin würde weiter blockiert bleiben, und die bereits stark beanspruchte Luftbrücke würde sich der gigantischen Aufgabe gegenüber sehen, während des Winters die Versorgung der zweieinhalb Millionen Westberliner aufrechtzuerhalten. Wenn die Russen während des Winters ein neues Lebensmittelangebot an die Westsektoren machten, so würde man von den Berlinern nicht erwarten können, daß sie es zurückweisen, obgleich sie die Haltung der Westmächte unterstützen. Aus diesem Grunde, so erklärten diplomatische Kreise, haben sich die Westmächte für ganz neue Mittel zur Lösung des Problems entschieden. Dies bedeutet nicht notwendig, daß ein Appell an die Vereinten Nationen völlig ausgeschlossen sei, sondern nur, daß man zuvor jedes mögliche diplomatische Mittel ausgeschöpft werde, um eine dauerhafte Lösung herbeizuführen.

## „Wollen Sie Krieg oder Frieden?“

London, 26. Sept. (AP) Der konservative britische Parlamentsabgeordnete Oberstleutnant Sir Thomas Moore äußerte sich am Samstagabend in dem Teil der Rede Wyschinskis vor den Vereinten Nationen, in dem er sich strikt an die von den vier „böswilligen Lügenfeldzügen“ gegen Rußland bezieht hatte.

Seiner Meinung nach gingen die Antworten Wyschinskis auf zwei Reden zurück, die er in den letzten zwei Monaten im Unterhaus gehalten und in denen er vorgeschlagen habe, Clemens Attlee, Winston Churchill und George C. Marshall sollten nach Moskau gehen und zu Stalin sagen: „Wollen Sie Krieg oder Frieden? Wenn Sie Frieden wollen, werden wir mit allen Mitteln zusammenarbeiten. Kräfte mit Ihnen zusammenarbeiten. Wollen Sie aber den Krieg, dann werden wir Ihnen auch diesen geben mit allem, was wir dafür haben, einschließlich der Atombombe.“

## Wiedergutmachungs-Gesetz

Stuttgart, (Dena) Das Direktorium des süddeutschen Länderrates beschloß am Donnerstag, dem Plenum die Annahme des Entwurfes für ein Gesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechtes (Entschädigungsgesetz) zu empfehlen. Das Gesetz soll aufgrund der Proklamation Nr. 4 der amerikanischen Militärregierung als zoneninternationales Gesetz erlassen werden.

In dem Entwurf wird der Kreis der zum Erhalt einer Wiedergutmachung Berechtigten festgelegt. Mit dem Tod des Berechtigten soll der Anspruch mit gewissen Einschränkungen auf die Erben übergehen. Gewisse Personen sollen von der Wiedergutmachung ausgeschlossen werden. In diesen Fällen soll der Anspruch auf Wiedergutmachung auf dem Sonderfonds für Wiedergutmachung des betreffenden Landes übergehen.

Eine Entschädigung wird jenen Personen gewährt, die auf Grund rassistischer, religiöser oder politischer Verfolgung Schäden an Leben, Körper, Gesundheit oder Freiheit erlitten haben. Weiter sollen erlittene Verluste an Eigentum oder sonstigen Vermögen wiedergutmacht werden. Dazu gehören auch Vermögensbeschädigungen, die durch Auflegung von Sonderabgaben, Geldstrafen, Bußen und Kosten entstanden sind. Ebenfalls werden in dem Gesetz Schäden berücksichtigt, die der Betroffene in seinem wirtschaftlichen Fortkommen erlitten hat. Schließlich sieht der Gesetzentwurf Entschädigungen an solche Verfolgte vor, die durch die Entziehung von Versorgungsrenten sowie Benachteiligungen auf dem Gebiet der sozialen und privaten Versicherungen Nachteile erlitten haben.

## Kurz beleuchtet

Das Problem Berlin wird, nachdem die sowjetische Note erwartungsgemäß unbefriedigend ausgefallen ist, vor das Forum des Sicherheitsrats gebracht werden. Es wird zum Hauptthema der UN-Diskussionen werden und alle anderen Erörterungsgegenstände in den Schatten drängen. Denn es geht nicht um die Frage des Bestandes der UN. Man kann den Diplomaten der Westmächte nicht gerade Mangel an Geduld vorwerfen. Wer mit den Spielregeln der Diplomatie nicht vertraut ist, mag zu Gunsten wieder unternehmen, immer wieder mißglückten Verständigungsversuche der Westmächte einermöglichen erstau in seiner Zeitung nachgelesen haben. Er wird sich gefragt haben, warum man nicht besser eine klare Frage gestellt und eine klare Antwort verlangt habe, wie ein britischer Parlamentsabgeordneter vorgeschlagen hat. Attlee, Churchill und Marshall sollten nämlich Stalin fragen: „Wollen Sie Krieg oder Frieden?“ Aber die Frage ist eine diplomatische sind nun einmal da, und wie Stalin wahrscheinlich beantwortet hätte: „Frieden, ja, aber —“ werden Wyschinski oder Molotow im Sicherheitsrat durch ein Foto eine klare Entscheidung verweigern, — wenn die Geduld der Westmächte nicht zu Ende ist. (f. B.)



Deutschland... der siebelfache „Deutsche Meister“ hoch geschlagen

Der siebelfache „Deutsche Meister“ hoch geschlagen

VfB Mühlburg — Waldhof 1:1. Offenbacher Kickers — 1. FC Nürnberg 4:1. VfR Mannheim — Stuttgarter Kickers 1:1.

Am Bieberer Berg war Großkampftag. 1700 Zuschauer erwarteten einen Dämpfer für Mühlburg und sie behielten auch recht.

Mühlburg erkämpft sich ein Unentschieden

Zwei grundverschiedene Halbten erleben die 2000 Zuschauer am Sonntag beim Spiel VfB Mühlburg — 1. FC Nürnberg 1:1.

1. FC Pforzheim übernimmt die Führung

ASV Durlach — Feudenheim 4:0. Germania Brötzingen — Phönix Karlsruhe 3:2. VfL Neckarau — Schwetzingen 3:0.

Dieburger Motorradrennen ein großer Erfolg

Georg Meier gewann den Großen Preis von Darmstadt — Böhrer, Schnell und Nitschky erfolgreich

Das zum Schluß der südwestdeutschen Motorsportzeit von dem jungen Darmstädter Motorsportclub ausgetragene Dieburger Dreieckrennen brachte obwohl am gleichen Tage auch in Hof, Eutin und Mühlrad weitere Motorradrennen stattgefunden, fast die gesamte deutsche Rennfahrerelite mit vier deutschen Meistern an den Start.

Hilpert, Frankenthal Sieger der Kleinen Deutschlandfahrt

Im kommenden Jahr Deutschlandfahrt durch den Schwarzwald

Nach nie in der Geschichte des deutschen Radports ist eine Entscheidung über eine rund 1500 km lange Streckenprüfung durchgeführt worden.

Der Karten-Ansturm für Karlsruhe-Base

19 Spieler von Basel in die engere Auswahl gezogen

Mit dem heutigen Tag hat der allgemeine Vorverkauf für das große internationale Fußballtreffen der Südtiroler Basel gegen Karlsruhe auf dem KFV-Platz begonnen.

Finnlands Vorbereitungen für 1952

Professor Dr. Diem nach Helsinki eingeladen — Ein Gespräch mit dem Rektor der Kölner Sporthochschule

Kaum sind die XIV. Olympischen Spiele 1948 zu Ende, beginnen schon die Vorbereitungen für die XV. Olympischen Spiele 1952 in Helsinki, die auf dem Stockholmer Kongress des IOC im vergangenen Jahre dem finnischen Sportvoik übertragen wurden.



Favoritensiege im Handball

Ketsch — Neckarau 13:6, Rot — St. Leon 6:6, Birkenau — Bulach 19:5, Breiten — Weierheim 2:6.

Neckarau konnte die 2-0-Führung von Ketsch nach wenigen Minuten ausgleichen und drei Tore vorlegen. Nach dem Wechsel sicherte sich Neckarau den Sieg durch Tore von Zeiler (9), Brock (3), Jung (3), Specht (3).

Sport-Toto am 3. Oktober 1948

Table with columns for 'SPORT TOTO 1' and 'SPORT TOTO 2', listing matches between clubs like VfB Mühlburg, VfR Mannheim, etc., with betting odds and results.

Unent. Schwab. Augsburg — Offenb. (X) Sieg VfB Mühlburg (1) Sieg SSV Ulm (1) Unentschieden VfR Heilbronn — (X) Feuerbach (2) Sieg VfL Neckarau (1) Sieg Kickers Stuttgart (1) Unentschieden Phönix Karlsruhe — (X) ASV Durlach (1) Sieg 1. FC Pforzheim (2) Mannheim. (2)

„Der Vetter aus Dingsda“

Er ist fa launig schon ein zorn und oft ge- seher Gast auf den Karlsruher Bühnen...

besten Händen lag. Der Beifall war den Verdiensten entsprechend herzlich und an-

das Recht der Armen und Gepeinigten zu verteidigen. Nach dem 2. Weltkrieg erschienen von ihm das Kästner-Brevier „Der Herr Böh-

KURZE STADTNOTIZEN

Karlsruhe von Woche zu Woche. Unter diesem Titel wird der Karlsruher Verkehrsverein in Kürze wieder seinen Veranstaltungskalender herausgeben...

graphen Wilhelm Raup stand, den eine tiefe Freundschaft mit d'Albert verbunden...

Familien-Nachrichten

Rosa Lacroz, uns. lb. Tante, wurde am 23. 9. 48 nach l. schw. Krankheit in die Ewigkeit abgerufen...

Veranstaltungen

HOFFMEISTER-REISEN vom 2. bis 9. 10. 48 und vom 23. 10. 48 die schönste aller Auto-Reisen in Deutschland

Amtl. Bekanntmachungen

Die Ausgabe der Lebensmittelkarten der 119. Z.P. (OKL. 48) erfolgt in den bekannten Ausgabestellen zu folg. Zeiten:

Suchdienst

Suche Andreas Schaller, bis zum Jahre 1945 in Karlsruhe, geb. 18. 11. 1904...

Heloten

Handwerkmeister, Mittel 30, evang., 177 gr., schilfrohe gesch. ers. glückl. Zweite...

Die diskrete u. individuelle Ehe-Ausbebung

Frau M. Coppel, Karlsruhe Weinbrennerstraße 52. Telefon 7369.

Verkauf und Verleih

PKW, Opel-Kapitan, und DKW Meister, etwas rep.-bed., 8 verk. Wert...

Tauschgesuche

PKW, 1.2 Opel (Cabriolet), fahrbereit, gegen Bauplatz tauschen od. verkaufen...

Verkauf Gaskocher, zweiflammig

Verkauf Gaskocher, zweiflammig, 25.—, Schrankgrammophon mit acht Platten...

Welche christl. gesinnte Frau...

Welche christl. gesinnte Frau, am liebst. Gemeindeglied, am liebst. Hausfrau...

Furwangler Gigli

Furwangler Gigli singt außerdem viele andere berühmte Stimmen...

Planohaus H. Maurer

Planohaus H. Maurer, Kaiserstraße 237. Große Auswahl in Tanz- und Unterhaltungsmusik.

Der Lebensbund

Der Lebensbund, die vornehm. Vereinig. d. Sichfindens seit 40 J. Kostenl. Prospekt mit Gp. 1324...

Fabrik-Vertretung für Gummwaren

Fabrik-Vertretung für Gummwaren zu vergeben. Für einen größeren Bezirk wird eine gut. vorhandene, dauernde Existenz gebotl. erforderlich...

Industrieller nach Brasilien

Industrieller (Ingenieur) reist a. einige Monate nach Brasilien, Argentinien und Uruguay und übernimmt Eriedigung von Interessen...

Wirsing-Schneider

Damen-Frisier-Salon, Karlsruhe, Karlsruhe 21. Für Deutsche geöffnet von 8-12, Samst. 8-10 U.

KAMME

KAMME neue Muster, Karlsruhe, München 22 Herrenstraße 36

Rohkaffee

Rohkaffee (in kleinsten Liebesgabenpak. bis 200g) in großer Auswahl...

Brennhof

Brennhof, grob u. feinst, markenfrei, liefert in jeder Menge...

Gangochsen

Gangochsen trüchtige Kühe, Rabinnen u. Rinder stehen in großer Auswahl...

NETTOLIN

NETTOLIN in alt. Qualität eingetroff. Sämtl. künstl. Düngemittel am Lager.

MOBEL-ERFELD

MOBEL-ERFELD, Erbrunnenstr. 1, Tel. 102. Ausst. im Hintergeb. Kleider-schränke u. 140.- DM an

Der Lebensbund

Der Lebensbund, die vornehm. Vereinig. d. Sichfindens seit 40 J. Kostenl. Prospekt mit Gp. 1324...

Privatnachsorge

Privatnachsorge GROSSKOPF, Reinhold-Frank-Straße 71. Beginn neuer Kurse Sprechzeit 15-19 Uhr

Paul Schweitzer

Paul Schweitzer, Landmaschinen-Großhandl., Reparatur-Werkstätte, Sinsheim a. d. Elsenz/Elb.

Erwin Grosse

Erwin Grosse, Staatl. anerk. Pädagoge für Klavier, Oberstufe u. Musiktheorie...

Mastgans

Mastgans, frisch eingetroffen, Abgabe lebend und geschlachtet...

Ferdinand Schenk AG

Ferdinand Schenk AG, Zweigniederlassung Karlsruhe-Ehrenhofen, Hansstraße 5.

Küchen

Küchen, Röhre, Tische, Stühle, Hock, Kleintisch, Schlafzimmer, niedrige Preise...

Steinzeug

Steinzeug, aus dem Westerwald, aus dem Besten, in jeder Menge...

Wohlschlegel

Wohlschlegel, Herrenstraße 14, 1 Drehtrommel-Motor, PS, 1450 U., m. Stern-Dreieckschalter DM 650.-

Radio-Reparaturen

Radio-Reparaturen, jeder Art werden in eigener Werkstatt von geschult. Technikern prompt u. schnell ausgeführt.

Erwin Widmann

Erwin Widmann, Uhrmachermeister, jetzt Karlsruhe, Ecke Goethe- u. Mondstraße

Überall, wo ein Schornstein raucht.

Überall, wo ein Schornstein raucht. GLASFASER als Wärme- und Kälteschutz. In Fußböden, Decken, Wänden, Dächern (ausgebauten Dachgeschossen)...

Autopflege, Wasch- und Abschmierdienst

Autopflege, Wasch- und Abschmierdienst, Tankhof Rheinpreussen, Wolfartsweg Str. 3, Inh. Oskar Hiss

Stenoografie - Maschinenschreiben

Stenoografie - Maschinenschreiben, Privat-Lehrstube für Anf. Fortgeschritt. Einarbeit. Leitung: OTTO AUBRECHT, stuf. geprübt...

Achtung!

Achtung! Wir bieten der Industrie, dem Handel u. Gewerbe große Mengen von Halbzeug- und Fertigerwaren...

Ihr neues Kleid

Ihr neues Kleid, für zwei Mark selbst genäht! Verblüffend einfach! Auch in ihrer Größe! Anleitung mit Zubehör und Vorlagen zum Ausschneiden...

Stock-Aufbau-Möbel

Stock-Aufbau-Möbel, Die neuartige interessante Raumkultur preiswert - modern - geschmackvoll...

Helmut Hannemann

Helmut Hannemann, Kom.-Ges., Frankfurt a. M. - Niederrad, Vertreterbezirke frei

Radio-Reparaturen

Radio-Reparaturen, jeder Art werden in eigener Werkstatt von geschult. Technikern prompt u. schnell ausgeführt.

Stoff-Braunagel

Stoff-Braunagel, Kaiserstraße 88, Das Großinstitut für Ebenanbahnung, gegr. 1937, mit seinem großen Filialnetz in S.-Deutschland...

LKW-Anhänger mit 3,5 u. 8 to. Nutzlast

LKW-Anhänger mit 3,5 u. 8 to. Nutzlast, einfach oder zwillingbereif. Fahrzeugwerk Karlsruhe GmbH, Erbergerstraße 99, Ruf 9487/88.